

# Medienfreiheit als Gradmesser für das Mass von Demokratie in einer Gemeinschaft

*Christoph Meier, 14.1.2007*

Wenn man wissen will, wie es um die Mitbestimmung der Mitglieder einer Gemeinschaft bestellt ist, kann man sich beispielsweise die kommunikativen Strukturen anschauen. Ich möchte drei Bereiche aus diesem komplexen Gebilde herauspicken und im Sinne einer Vorbereitung für das Podiumsgespräch vom 23.1.07 in Bern, aber auch als Wintergesprächsthema des SEC zur Diskussion stellen. Folgenden Fragen möchte ich nachgehen:

- 1) Was hat die Leitung der Gemeinschaft für Publikationsorgane und wie nutzt sie diese?
- 2) Gibt es in derselben Gemeinschaft von der Leitung unabhängige weitere Publikationsorgane? Wenn ja: Wie und von wem werden sie genutzt?
- 3) Wie reagiert die Leitung der Gemeinschaft auf Kritik, die in den von ihr unabhängigen Publikationsorganen geäussert wird?

Wenn wir Antworten auf diese drei Fragen übungshalber bei irgendeiner Gemeinschaft suchen – z.B. in einer Familie, einer WG, in einem Unternehmen, einem Verein, einer Gemeinde, einem Verband, einem Staat – besteht die Chance, dass es uns gelingt, relativ sachlich und nüchtern persönliche Wertmassstäbe zu entwickeln und diese dann auf Gemeinschaften anzuwenden, in die wir involviert, in denen wir Partei sind.

Als Übungsbeispiel könnten wir die Gemeinschaft der Gemeinde – also eines Dorfes oder einer Stadt – nehmen, da die meisten von uns hier aus eigener Erfahrung schöpfen können und ich annehme, dass die Emotionen dabei noch nicht allzu hoch brodeln:

zu 1) Viele Leitungen von Gemeinden nutzen parallel mehrere Publikationsmittel, um ihre Anliegen, ihre Sicht der Dinge an die Einwohner zu tragen. Dabei wird gleichzeitig mit traditionellen Mitteln wie den Schaukästen am Gemeindehaus wie auch mit modernsten Formen wie Online-Auftritten gearbeitet. Dazwischen gibt es das klassische 'Käseblatt', die lokale Zeitung, den amtlichen Anzeiger und natürlich das direktdemokratische Institut der Gemeindeversammlung, das nicht nur der Entscheidfällung, sondern immer auch der Information und der Debatte dient.

zu 2) Zumindest in der Schweiz gibt es flächendeckend eine Vielzahl von Medien, die von den jeweiligen Behörden unabhängig sind, von lokalen über regionale bis zu nationalen und sogar internationalen Medien. Auch die Formenvielfalt ist gross: Vom Mailing einer Partei oder sogar den Einzelanrufen eines Politikers (z.B. Ueli Maurer, Präsident der SVP) über die Printmedien, die Radio- und TV-Stationen, Teletext bis zu den Internet-Zeitungen und Chatrooms gibt es unzählige Möglichkeiten nicht nur der einseitigen Information, sondern auch des Dialogs und der Debatte mit beliebig vielen Beteiligten. Wer also ein politisches Anliegen hat, das nicht völlig abstrus oder illegal ist, wer insbesondere Kritik an der Arbeit seiner Gemeindebehörden anbringen will, findet in der Schweiz eigentlich immer ein Publikationsorgan, das ihm über die Stammtischgemeinschaft hinaus Gehör verschafft.

zu 3) Selbstverständlich geht es bei diesen Debatten nicht immer sehr minnevoll zu und man wirft sich schnell gegenseitig Unsachlichkeit, Sensationshascherei, mangelnden Anstand etc. vor. Es ist Sache jeder Gemeinschaft, Leitplanken festzulegen für die medialen Auseinandersetzungen. Die grossen Linien gibt die Rechtsordnung, die in der Schweiz z.B. mit der Einklagbarkeit von Ehrverletzungen oder mit der Antirassismusklausel versucht, die Grenze zwischen erlaubten und unerlaubten Äusserungen festzulegen. Doch die Konfliktkultur einer Gemeinschaft lässt sich nicht vollumfänglich normieren. Es braucht immer wieder das Gespür der Beteiligten und manchmal hilft auch das nichts, denn es ist schlechthin unmöglich, alle Sensibilitäten aller potenziell von einer Äusserung Betroffenen zu erraten. Es braucht also in der politischen Debatte immer auch ein gewisses Einsteckvermögen. Allzu zarte Naturen mit kleinem Selbstwertgefühl halten sich in der Regel besser aus den Debatten heraus, die teils auch inszeniert sind und von den Insidern gar nicht so fürchterlich ernst genommen werden wie von vielen Zuschauern oder Zuhörern. Auf alle Fälle ist ein Behördenmitglied gut beraten, auf sachliche Kritik aus der von ihm geleiteten Gemeinschaft einzugehen. Völlige Ignoranz von Anliegen der Bürger wird in der Regel beim nächsten Wahlgang bestraft. Noch schärfer ist die Reaktion, wenn Behörden munter weiterfahren, das Gegenteil dessen zu tun, was die Mehrheit der Bürger verlangt. Die Bürger haben – im Unterschied zu Mitgliedern anderer Gemeinschaften wie z.B. von Verbänden – die Möglichkeit, eine Initiative einzureichen, Stimmen zu sammeln und damit die Behörden zu einer Reaktion zu zwingen. Wer den politischen Alltag in den schweizerischen Gemeinden etwas verfolgt, wird erkennen, dass das völlige Ignorieren von Bürger-Anliegen etwas höchst Seltenes ist – nicht weil die Behördenmitglieder edlere Menschen wären als z.B. Vorgesetzte in Verbänden, sondern schlicht weil Ignoranz früher oder später den Kopf bzw. den Job kostet. Auch die Ausrede der Ehrenamtlichkeit, die man in Vereinen und Verbänden so oft hört als Entschuldigung für schlechte Amtsführung oder mangelndes Kommunizieren, wird bei Gemeindebehörden so selten vorgebracht wie in der Miliz-Armee, da die mangelnde Stichhaltigkeit des Arguments bei diesen Ämtern eigentlich auf der Hand liegt. Wir müssen da nicht einmal den Kriegsfall bemühen. Wenn ein Offizier im WK seinen Job schlecht macht und es deswegen zu Unfällen kommt, kann er sich nicht herausreden mit seiner (fast) nicht bezahlten Miliz-Funktion. Genau so wenig kann der ehrenamtliche Finanzvorstand einer Gemeinde ein von ihm angerichtetes Millionen-Debakel mit dem Verweis auf die Ehrenamtlichkeit entschärfen. Auch hier könnten die vielen 'Ehrenämter' in den Sportverbänden durchaus etwas lernen und dieses Argument definitiv begraben. Der Präsident des SVPS, Dr. Urs Oberholzer, hielt vor der Generalversammlung des Zürcher Kantonalverbandes für Sport im letzten Sommer eine viel beachtete Rede zum Thema 'Ehrenamtlichkeit und Wirtschaft', wo er aufzeigte, dass auch der ehrenamtlich Tätige immer einen 'Return on investment' erhält und sich deshalb genau so wie der fest Bezahlte um Kompetenzen wie Führungsqualitäten, Teamfähigkeit, Sozialkompetenz und Kommunikativität bemühen muss.

Ich behaupte nun, dass bereits diese drei Teilbereiche der gesamten komplexen Kommunikationsstruktur einer Gemeinschaft einen guten Einblick geben und eine Entscheidungshilfe darstellen, wenn es darum geht, herauszufinden, wo die Gemeinschaft steht im Spannungsfeld zwischen Demokratie und Diktatur. Vor allem gibt es die Möglichkeit, hinter die äussere Etikette zu sehen. Wenn sich z.B. Italien unter Berlusconi nach aussen als demokratischen Staat etikettierte, so lag es aufgrund der Analyse der kommunikativen Strukturen viel näher bei einer Diktatur. Originellerweise wurde die Medienkontrolle aber nicht wie in 'gewöhnlichen'

Diktaturen über direkte Zensur, Repression und Mord ausgeübt, sondern in einer erstaunlich effizienten Mischung von Wirtschaftsmacht – Berlusconi kontrollierte bekanntlich einen Grossteil der italienischen TV-Stationen und auch viele weitere Medien – und Missbrauch des präsidentialen Einflusses auf die Gesetzgebung. Dass die Wirtschaft die Politik seit längerem dominiert, ist in Zeiten der Globalisierung eine Binsenwahrheit. Was aber herauskommt, wenn Wirtschaftsmacht und politische Macht in einer Person zusammentrifft, zeigte uns in dieser zur Karikatur verkommenen Deutlichkeit erst Berlusconi.

Umgekehrt können wir vielleicht auch Grenzen der Meinungsäusserungsfreiheit, also ein 'Zu wenig' an Leitplanken für die öffentliche Debatte ausmachen, wenn wir die US-amerikanische Medienszene betrachten. Wenn z.B. die sexuellen Eskapaden eines Präsidenten in den Medien für Monate das ganze politische Geschehen überdecken, so scheint mir die Balance nicht mehr gewahrt, das demokratische Prinzip überzogen.

Nun ginge es darum, diese doch recht nüchternen Erwägungen auf den Fall SVPS und insbesondere auf das kommunikative Geschehen oder vielmehr Nicht-Geschehen rund um die Disziplin CC des SVPS anzuwenden. Der SVPS verfügt über ein eigenes amtliches Publikationsorgan in Form des 'Bulletins', eine Ansprechstelle für Information in Form des Sekretariats, ein demokratisches Gefüge in Form der Vereinsmitgliederversammlungen, der Präsidentenkonferenzen, der Delegiertenversammlungen der Regionalverbände und der Antragsmöglichkeiten beim Vorstand. Zudem gibt es unabhängig vom SVPS zumindest zwei Fach-Printmedien, in denen bei Bedarf auch Kritik geübt werden kann, die eine grössere Rösseler-Öffentlichkeit erreicht. Für wichtigere Anliegen stehen aber auch die schweizerischen Nicht-Fachmedien oder Fachmedien des gesamten deutschen Raumes zur Verfügung. Für ganz grobe Verstösse gäbe es auch die Möglichkeit, mit Kritik an der nationalen Federation an den internationalen Verband, die FEI, zu gelangen. Auf den ersten Blick scheint auf Stufe SVPS also die Medienvielfalt und die Möglichkeit der Betroffenen, Anträge zu stellen und Kritik zu äussern, strukturell gewahrt. Sicher wäre auch beim SVPS mehr Demokratie denkbar, z.B. könnten der SVPS-Vorstand und der Präsident in irgendeiner Weise von 'unten' gewählt werden. Hier stellen sich aber sofort die Frage der Verhältnismässigkeit des Aufwandes einerseits und die Frage der Kompetenz bzw. Parteilichkeit der 'Wähler' andererseits. Sind die rund 80'000 Rösseler kompetent, die einzelnen Vorstandsmitglieder zu wählen? Lohnt es den gewaltigen Aufwand, eine solche Wahl durchzuführen? Oder wenn wir es auf die Stufe der Regionalverbände und Disziplinleitungen verschieben: wären diese Wahlgremien vielleicht zu parteiisch, zu eng in der Sicht? Und wer soll wählen dürfen, wer nicht?

Wenn man die gelebte Wirklichkeit der jetzigen kommunikativen Strukturen des SVPS anschaut, findet man die alte Weisheit bestätigt, dass ein normatives System immer so gut ist wie diejenigen, die es anwenden. So funktioniert die Entscheidungsfindung nach heutigem Muster in den meisten Disziplinen ausgezeichnet. Vor der Bestellung eines Disziplinleiters wird mit den betroffenen internationalen Reitern oder Fahrern Fühlung aufgenommen, entschieden wird nur auf Antrag, d.h. der Vorstand SVPS setzt nicht einfach blind nach eigenem Gusto einen Disziplinleiter ein. Und eine Stufe weiter unten klappt es bei den meisten auch. Einleuchtend, dass z.B. den altgedienten Spitzenspringreitern ein neuer Equipenchef nicht einfach diskussionslos aufgezwungen wird. Nur gerade bei der Disziplin CC klappt es seit geraumer Zeit nicht. Ob und mit wem die Einsetzung des amtierenden Disziplinleiters

vorbesprochen wurde, entzieht sich meiner Kenntnis. Auf jeden Fall wurden dann bei der Bestellung der weiteren Funktionen durch die Disziplinleitung die Betroffenen nicht in die Entscheidungsfindung einbezogen – und seither verhallt Kritik an deren Wirken im leeren Raum. Einzig der Chef Administration, Daniel Cotti, nahm sich einmal die Mühe, auf einige unserer Fragen einzugehen und für das von ihm ausgeheckte Punktesystem Werbung zu machen (nachzulesen hier auf der SEC-News-Seite unter Kapitel 7 'Disziplin CC des SVPS').

Die einzige weitere Aktivität besteht nun darin, dass der Elite-Verantwortliche, der gleichzeitig Vorstandsmitglied des SEC ist, versucht, jegliche Kritik zu unterbinden. Es geht nun nicht darum, dass ich um meine Zukunft als kritischer Hippo-Journalist bange. Falls jemand gefunden wird, der die SEC-Seite zu gleichen Bedingungen besser administriert und redigiert, räume ich meinen Platz unverzüglich. Aber mir geht es um die Sache, um die kommunikativen Strukturen, die im Bereich CC in der Schweiz zurzeit nicht funktionieren. Und ich wage zu bezweifeln, dass es diesem Anliegen dienlich wäre, wenn man alle Kritiker versucht mundtot zu machen bzw. sie weiterhin ignoriert und übergeht. Das HPP-Trainings-Obligatorium auch für im Ausland wohnende Reiter, das die Disziplinleitung ohne jegliche Rücksprache mit den Betroffenen verfügt hat, ist dabei eines von vielen Beispielen für das, was ich 'diktatorische Tendenzen' nenne. Denen gilt es entgegen zu wirken, meine ich. Und ein von der Disziplinleitung unabhängiges Medium wie es zurzeit noch die SEC-Webseite ist, scheint mir ein wichtiges Hilfsmittel dafür zu sein. Natürlich würde ich eine Medienvielfalt begrüßen, oder nur schon eine Vielzahl von sich Äussernden auf dieser Seite. Zurzeit sind es vor allem kritische Stimmen, die sich zu Wort melden. Von der Seite der Disziplinleitung ist nur der erwähnte, Richtung Zensur steuernde Aktivismus auszumachen, wo doch Debatte, Kommunikation gefragt wäre. Aber dazu muss man über minimale kommunikative Kompetenz verfügen – und dies scheint mir einer der eklatanten Mängel in der amtierenden Disziplinleitung zu sein. Alles nur auf das 'Sprachproblem' des Disziplinleiters zu schieben, scheint mir dabei zu billig zu sein. Wer auch immer wo auch immer eine Sprache nicht genügend beherrscht, so dass er sich dem Grossteil der Betroffenen nicht verständlich machen kann, hat entweder die Kompetenz zu erwerben, zu delegieren oder zurück zu treten. Die Ernennung eines Kommunikationsverantwortlichen in der Disziplinleitung wäre wohl die zurzeit einfachste Massnahme zur Verbesserung der Situation.

Aber jetzt ist der Ball bei Ihnen, verehrte SEC-Leserinnen und –Leser. Äussern Sie sich zur Thematik, allgemein oder spezifisch auf den Fall Disziplinleitung CC bezogen. Kommen Sie ans Podiumsgespräch am 23. Januar in Bern und nehmen Sie aktiv teil. Wir freuen uns auf Sie!